

ZS-2332-1

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
<u>Böss, Heinz Dr. jur.</u>	2332	I	
katalogisiert Seite: 1 - 3 Sachkatalog:	Personen: Böss, Heinz Dr. jur. Böss, Gustav ehem. Berliner Oberbürgermstr.		
katalogisiert Seite: 4 - 13 Sachkatalog:	Personen: Böss, Heinz Dr. jur. Böss, Gustav ehem. Berliner OBürgerm-		
katalogisiert Seite: 14 - 25 Sachkatalog: Preußen XIII - 2. Berlin	Personen: Böss, Gustav Böss, Heinz		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ZS-2332-2

172.4

*Soll ins Archiv*

DR. JUR. HEINZ BÖSS

EHRENSENATOR DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

8218 ASCHAU, DKN 15.2.1983  
PRIENSTR. 8 A  
TEL. 0 80 64 / 138 1498

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 6692/23	Post. ZS2332
Rep.	Kol. Sa

Eingegangen	
17.02.83 00390	
Dr.	Por.

**KOPIE**  
angefertigt

Sehr geehrter Herr Professor Broszat!

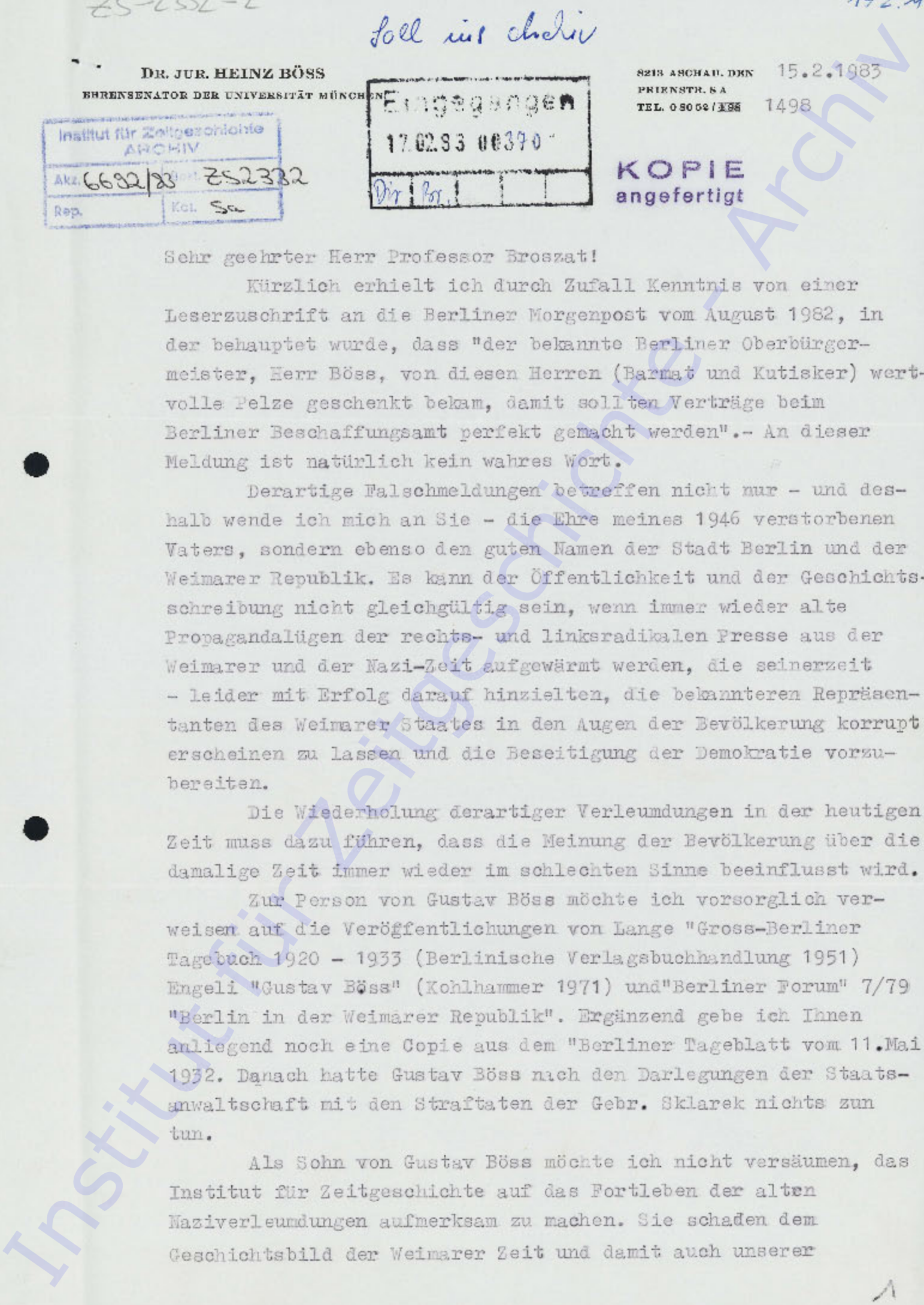
Kürzlich erhielt ich durch Zufall Kenntnis von einer Leserzuschrift an die Berliner Morgenpost vom August 1982, in der behauptet wurde, dass "der bekannte Berliner Oberbürgermeister, Herr Böss, von diesen Herren (Barmat und Kutisker) wertvolle Pelze geschenkt bekam, damit sollten Verträge beim Berliner Beschaffungsamt perfekt gemacht werden".- An dieser Meldung ist natürlich kein wahres Wort.

Derartige Falschmeldungen betreffen nicht nur - und deshalb wende ich mich an Sie - die Ehre meines 1946 verstorbenen Vaters, sondern ebenso den guten Namen der Stadt Berlin und der Weimarer Republik. Es kann der Öffentlichkeit und der Geschichtsschreibung nicht gleichgültig sein, wenn immer wieder alte Propagandalügen der rechts- und linkeradikalen Presse aus der Weimarer und der Nazi-Zeit aufgewärmt werden, die seinerzeit - leider mit Erfolg darauf hinarbeiteten, die bekannteren Repräsentanten des Weimarer Staates in den Augen der Bevölkerung korrupt erscheinen zu lassen und die Beseitigung der Demokratie vorzubereiten.

Die Wiederholung derartiger Verleumdungen in der heutigen Zeit muss dazu führen, dass die Meinung der Bevölkerung über die damalige Zeit immer wieder im schlechten Sinne beeinflusst wird.

Zur Person von Gustav Böss möchte ich vorsorglich verweisen auf die Veröffentlichungen von Lange "Gross-Berliner Tagebuch 1920 - 1933 (Berlinische Verlagsbuchhandlung 1951) Engeli "Gustav Böss" (Kohlhammer 1971) und "Berliner Forum" 7/79 "Berlin in der Weimarer Republik". Ergänzend gebe ich Ihnen anliegend noch eine Copie aus dem "Berliner Tageblatt vom 11. Mai 1932. Danach hatte Gustav Böss nach den Darlegungen der Staatsanwaltschaft mit den Straftaten der Gebr. Sklarek nichts zutun.

Als Sohn von Gustav Böss möchte ich nicht versäumen, das Institut für Zeitgeschichte auf das Fortleben der alten Naziverleumdungen aufmerksam zu machen. Sie schaden dem Geschichtsbild der Weimarer Zeit und damit auch unserer



Demokratie. Ich weiss nicht, welche Möglichkeit das Institut besitzt, auf derartige Entwicklungen einzuwirken. Aber ich meine doch, dass wenigstens bei sich bietender Gelegenheit die von rechts und links angegriffenen Repräsentanten der Weimarer Republik zur gerechten Darstellung kommen sollten.

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr sehr ergebener

*Jimm*

Herrn Professor Dr. Martin Broszat  
Institut für Zeitgeschichte

Leonrodstr. 46 b  
8 München 19

Institut für Zeitgeschichte Archiv

# „Symptom des Zeitgeistes.“

So nennt der Oberstaatsanwalt den Sklarek-Prozess. — Heute Beginn der Plädéyers.

Im Sklarek-Prozess begannen heute nach fast siebenmonatiger Verhandlungsdauer unter grosser Spannung des Publikums die Plädéyers der Anklagevertreter. Das Gericht hatte das Erscheinen sämtlicher Angeklagten angeordnet. Der Zuschauerraum und die Pressenbänke wiesen eine unvorhergesehen stark Besetzung auf. Generalstaatsanwalt Wilde und ein Vertreter der Staatsanwaltschaft des Kammergerichts wohnten dem heutigen Beginn der Anklagereden bei, die durch einen kurzen Abriss über den Verlauf des Prozesses durch Oberstaatsanwalt von Steinäcker eingeleitet wurden.

Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker führte etwa folgendes aus: Mit dem heutigen Tage geht ein in der Geschichte der deutschen Rechtsplege einzigartiger Prozess seinem Ende entgegen. Einzigartig nicht wegen seiner Dauer, der Zahl der Angeklagten und der rechtlichen Beurteilung, sondern die Einzigartigkeit hat zweierlei Gesicht, ein politisches und ein moralisches.

Niemand wird von der Staatsanwaltschaft erwarten, dass sie auf die politischen Hintergründe des Prozesses eingehen werde.

Damit würde ich meine Belaguisse überschreiten. Allerdings wird an geeigneter Stelle, falls es erforderlich ist, einiges darüber zu sagen sein, aber erst bei der Beurteilung des Strafmasses. In no anderer Beziehung hat aus dieser Prozess in einen Abgrund von sifflirten Auffassungen hineingeführt, den man in unserem Vaterlande nicht im mindesten gehalten hätte. Daraus erklärt sich auch das unermessliche Interesse der Öffentlichkeit an diesem Prozess. Welche Kreise des Volkes sehen in diesem Prozess ein Symptom des Zeitgeistes. Wenn weder Sitte und Anstand in unserem Vaterlande zu ihrem Recht kommen sollen, müssen wir dieses Symptom unter allen Umständen beseitigen. Der Sklarek-Prozess hat den Geist des plattesten Materialismus enthüllt, der nichts weiter kennt, als Geld fallen, der keine Achtung hat vor andern, der unbedenklich über Leuten geht, wenn ihm der Erfolg blüht. Die Beweisaufnahme hat dies nur leider allzusehr bestätigt. Der Oberstaatsanwalt betonte weiter, die Anklage hätte sich zur Aufgabe gestellt, den ganzen Sklarek-Prozess aufzudecken und sie sei dabei auf grosse Schwierigkeiten gestossen, so sich mit dem neuen Material ergab und zeigte, dass eine Reihe von Beamten der Stadt in enger strafbarer Beziehung zu dem Angeklagten standen. Die Wahrheitsfindung sei sowohl in der Voruntersuchung wie in der Hauptverhandlung ausserordentlich schwierig gewesen. Man habe es zuerst als besonders störend empfunden, dass Max Sklarek lebte. Es sei aber in der Tat gelungen, diese Störung zu überwinden und die strafbaren Handlungen Will und Leo Sklarek nachzuweisen. „Nach der Beweisaufnahme ist nach meiner Ansicht der Beweis erbracht,

dass die in der Anklage gegen die Angeklagten enthaltenen Anklagepunkte abgesehen von Kleinigkeiten restlos erwiesen sind.

Bei diesen Kleinigkeiten handelt es sich lediglich um Schönheitsfehler.“ Der Oberstaatsanwalt nahm dann eine Einteilung der Angeklagten in verschiedene Gruppen vor. Die Hauptgruppe seien die beiden Sklareks mit ihren Gehilfen Lehmann, Tsch und Luching, die die falschen Unterlagen herstellen mussten. Dann käme die Gruppe der Beamten, bei denen man die Stadtbankbeamten, die Beamten und die politischen Beamten unterscheidend müsse. Die Stadtbankbeamten hätten dabei zu sorgen gehabt, dass die Sklareks den Kredit bekamen.

Der Oberstaatsanwalt musste ihnen bezüglich der Preise und Zahlungsweise bei der K. V. G. beistehen sein. Die politischen Beamten Kohl, Gabel, Schneider und Degner waren dazu gut, die verschiedensten Schwierigkeiten zu beseitigen. Degner hauptsächlich als Fürsprecher und Bürgermeister Schneider als Hausherr ihrer Niederlassungen in der Kommandantenstrasse. Auch die Straftaten der Sklareks liessen sich demgegenüber in drei verschiedene Stränge einteilen. Bei dem einen Strang handelte es sich darum, Verträge und Aufträge zu erhalten, bei dem zweiten um die Kreditbeschaffung, die durch Bestechung der Stadtbankdirektoren und durch Betrug und Untreue zum Nachteil der Stadt ermöglicht wurde, und schliesslich bei dem dritten Strang um das Konkursverfahren und die Konkursverbrechen durch übermässigen Aufwand usw.

„Den Beamten werfen wir nunmehr schwere passive Bestechungen vor, die Untreue Kohls und Skalowski haben wir allerdings fallen gelassen.“

Der Oberstaatsanwalt gab hierauf eine chronologische Darstellung des Werdegangs der angeklagten Sklareks auf Grund der Tatsachen, wie sie die Anklage enthält und die im Verlaufe des Prozesses bereits erörtert worden sind, und beschäftigte sich weiter mit der Frage der Bestechung.

Ich glaube Leo, dass sich die Beamten höchst schamlos benahmen,

(Bewegung), und dass sie sich selbst Gegenstände aussuchten, die die Sklareks dann bezahlen konnten. Schliesslich stellten die Rempelmane noch verächtliche Zuwendungen dar. Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker ging dann auf die einzelnen Verteidigungsbehauptungen der Sklareks ein. Unwahr sei es, dass sie von der Stadt überwacht worden bei der Übernahme der K. V. G. Unberechtigt seien die Angriffe der Sklareks gegen die ersten Männer der Stadt Berlin. „Ich habe keine Veranlassung, Bess in Schutz zu nehmen, aber ich muss feststellen mit den Straftaten der Angeklagten Sklarek und der mitangeklagten Beamten hat er nichts zu tun. Bürgermeister Scholtz, gegen den die Sklareks ebenfalls Angriffe gerichtet haben, ist über jeden Zweifel erhaben, und der Hass der Angeklagten richtet sich nur gegen ihn, weil er das Rad ins Rollen gebracht und ihre Verhaftung erwirkt hat.“ Dann beschäftigte sich der Oberstaatsanwalt mit der Frage der Schuld der drei Brüder Sklarek. Die Staatsanwaltschaft sei zu der Überzeugung gekommen, dass nicht Max die Hauptschuld habe, wie Leo und Will es darstellten,

sondern dass alle drei in gleicher Weise schuldig seien.

Oberstaatsanwalt von Steinäcker streifte dann noch das Zustandekommen des Monopolvertrages und den Stadtbankkomplex und liess fernerbis durchblicken,

dass die Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten Bestrafung mit Zuchthaus beantragen werde.

Nach dieser fast zwei Stunden dauernden grundsätzlichen Darstellung erhielt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg das Wort zur Würdigung der Beweisaufnahme bei dem K. V. G. Komplex. Dr. Weissenberg betonte einmütig, dass die Geschäfteverbindung mit den Sklareks für alle städtischen Betriebe ein Unglück gewesen sei. Über die Vorwürfe, die die Sklareks für ihre Lebensunterhaltung bekommen hätten, müsse jeder einsichtige Kaufmann den Kopf schütteln.

ZS-2332 5

7.9.1ub

DR. JUR. HEINZ BÖSS

8213 ASCHAU, DEN 5.Sept.1987  
PRIENSTRASSE 8A  
TEL. 08052/1409

KOPIE  
angefertigt

Herrn Professor Dr. Martin Broszat  
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte  
München.

Eingegangen				
07.09.87 02268 "				
Din/Br				

"Geschichte Berlins" veröffentlicht von der Historischen  
Kommission zu Berlin.

Sehr geehrter Herr Professor!

Im Anschluss an unseren Schriftwechsel vom Februar 1983 möchte ich Ihnen in der Anlage eine Copie meines heutigen Schreibens an Herrn Prof. Henning Köhler, Berlin, übersenden, in dem ich zu seinen Kapiteln "Die Ära Böß" und "Die goldenen zwanziger Jahre" Stellung genommen habe.

Es geht bei diesen Darstellungen m.E. nicht allein um die behandelten Einzelpersonen, sondern z.T. auch um die Geschichte der Weimarer Republik und ihrer Repräsentanten, die in den Jahren nach 1933 aus Gründen der politischen Propaganda verleumdet und diffamiert wurden, besonders wenn sie sich zuvor aktiv für die Demokratie und ihre Erhaltung eingesetzt hatten. Hier den Weg einer zutreffenden, berichtigenden Geschichtsschreibung zu finden, scheint mir eine besonders wichtige Aufgabe der heutigen Historikergeneration zu sein.

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr sehr ergebener

*Heinz Böss*

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 7484/87	5 v. ZS 2332
Rep.	Kat.

Institut für Zeitgeschichte  
ARCHIV

DR. JUR. HEINZ BÖSS  
EHRENSENATOR DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

5215 ANSHAU, BEN 5. Sept. 1987  
PRIENSTR. 8 A  
TEL. 0 89 52 / 4 96

Herrn Professor Dr. Henning Köhler  
Berlin 45  
Willdenowstr. 12

Sehr geehrter Herr Professor!

Eine zutreffende und faire Darstellung der Geschichte Berlins in den zwanziger Jahren erfordert einige Richtigstellungen und Ergänzungen zu den beiden Kapiteln, die Sie über die "Ära Böß" und "Die goldenen zwanziger Jahre" in der von Herrn Professor Ribbe herausgegebenen "Geschichte Berlins" geschrieben haben. Im einzelnen verweise ich auf die 5 Anlagen.

Ihre Darstellung der neunjährigen Arbeit von Böß (meines Vaters) für Berlin wird getragen von einer Grundeinstellung, die ihren Höhepunkt findet in der durch nichts zu rechtfertigenden und unwürdigen Unterstellung, Böß habe sich zu profilieren versucht (!), als er sich für die Förderung des Sports, des Baues von Sport- und Spielplätzen sowie von öffentlichen Parks einsetzte (S. 855 oben). Dies ist angesichts des damaligen allgemeinen Elends in Berlin eine totale Verfälschung der Absichten und Ziele von Böß, der ich auf das Entschiedenste widersprechen muss. Auch die Verwendung des Wortes "Korruption zu einem guten Zweck" im Zusammenhang mit der Wohlfahrtspflege von Böß muss nachdrücklich zurückgewiesen werden. Einen solchen Vorwurf haben selbst die Nazis nicht gegen Böß erhoben. Dieser hat die Spenden als Ausgleich dafür gerechtfertigt, dass die zu genehmigenden Bauten die Lebensbedingungen der in der Stadt arbeitenden Bevölkerung verschlechtert haben. Dieses Vorgehen muss vor dem Hintergrund des seinerzeit sehr schlechten Gesundheitszustandes vor allem auch der Berliner Jugend gesehen werden. Von pflichtwidrigen Amtshandlungen, die durch eine Korruption (= Bestechung) ausgelöst worden wären, kann überhaupt keine Rede sein. Befremdend muss in diesem Zusammenhang auch eine unzutreffende Wiedergabe auf S. 826 unten wirken: Unter Berufung auf Lange (Tagebuch S. 10) berichten Sie über eine "polemische Aussage" von Böß, er sei der Meinung, dass Wermuth den Berliner Haushalt nicht kenne. Tatsächlich hat aber Lange geschrieben:

"..... Auseinandersetzung mit dem Kämmerer, den er törichterweise fragte, ob er etwa behaupten wolle, dass er den Berliner Haushalt nicht kenne. Die Antwort war: Ich bedauere, Ihre Frage bejahen zu müssen." (Im vorangegangenen Kapitel - S.824 - wird lange richtig zitiert.)

Diese Einstellung kennzeichnet die ganze Darstellung. Es werden in erster Linie angeblich negative Handlungen und Eigenschaften von Böß hervorgehoben, denen gegenüber positive (u.a. auch von Lange in seinem Tagebuch erwähnte) in den Hintergrund treten oder überhaupt unerwähnt bleiben.

Bei dieser Stellungnahme zu Ihren Ausführungen stütze ich mich auf eine Reihe von schriftlichen Darstellungen Berliner Persönlichkeiten, die - im Gegensatz zu Ihnen - Böß durch viele Jahre persönlich gut gekannt haben und sein Wirken für die Stadt anhaltend selbst beobachten konnten. Die in den Anlagen aufgeführten Briefe habe ich dem Landesarchiv Berlin in Copie schon 1978, im Original im April und Mai 1984 zur Verfügung gestellt. Sie waren also zur Zeit der Bearbeitung der "Ära Böß" im Landesarchiv verwendbar. Sie sind jetzt z.T. im Jahrbuch 1986 des Landesarchivs Berlin (S. 141 ff.) veröffentlicht worden und stellen eine entscheidende Korrektur Ihrer Ausführungen dar. Von diesen Zeugnissen, die zum grössten Teil auf einem lebendigen Erleben der Verfasser beruhen, ist in den Kapiteln kein erkennbarer Gebrauch gemacht worden, obwohl die Verfasser die Gewähr dafür bieten, dass es sich nicht um hohle Lobreden handelt. Die Gesamtdarstellung der "Ära Böß" erweckt einen ganz anderen Eindruck, als er sich aus den Briefen der Zeitgenossen und aus den übrigen Quellen ergibt. Es rundet das Bild, dass in den Abschnitten BVG und Wohnungsbau der Name von Gustav Böß überhaupt nicht mehr aufscheint, obwohl die Herren Reuter und Wagner erst am 28. Oktober 1926 zu Stadträten gewählt worden sind (S.861).

Bei aller Freiheit der Meinungsbildung und Kritik eines Historikers hätten stark abweichende Urteile anderer Wissenschaftler oder Zeitgenossen zumindest erwähnt werden müssen. Sie können nicht einfach totgeschwiegen werden. Insoweit unterliegen auch Historiker ethischen Grenzen.

Es erscheint mir äusserst bedauerlich, dass ausgerechnet in einer Darstellung zur 750 Jahrfeier Berlins eine so einseitige Beurteilung eines früheren Oberbürgermeisters abgegeben wird, dessen Name vor allem durch die Hetze und Verleumdungen der Nazis in den Schmutz gezogen worden ist. So bleibt denn auch die fast neunmonatige Haft

von Böß im Jahre 1933 von Ihnen unerwähnt.

Zu bemerken bleibt ferner, dass die Schriften von Böß im Literaturverzeichnis überhaupt nicht aufgeführt sind (Engeli erwähnt 12 Arbeiten, S.277). Im Text selbst werden nur 3 Äusserungen von Böß aus den Jahren 1923, 1928 und 1930 zitiert (S.828, 833, 835 und 854). Die "Beiträge zur Berliner Kommunalpolitik" werden fälschlicherweise unter dem Namen Engeli angeführt. Die übrigen Arbeiten von Böß scheinen - da nicht zitiert - nicht zu Rate gezogen worden zu sein. Dort sind für die Geschichte der Stadt ganz wesentliche Vorgänge dargestellt so über das Messewesen, den Flugverkehr, die Wasserstrassen, die Häfen die Meliorationen, die Lebensmittelversorgung, die Markthallen ,den Fremdenverkehr u.a.m. Sie werden in den Kapiteln überhaupt nicht behandelt. Das fast ausschliessliche Zitieren der rechtsstehenden DAZ (S.838 ff) wirft zudem die Frage auf, ob die übrige Presse nicht auch zu Rate gezogen worden ist.

Es mag sein, dass die Kapitel unter einem gewissen Zeitdruck geschrieben worden sind. Aber gerade dann hätten unter den hier vorliegenden Umständen abwertende Äusserungen keinen kränkenden Charakter haben dürfen. Sie sollten deshalb auch bei einer Neuauflage eine entsprechenden Korrektur erhalten.

Einen Abdruck dieses Briefes und seiner Anlagen habe ich Herrn Prof. Ribbe, sowie verschiedenen Persönlichkeiten und Institutionen zukommen lassen, denen die "Geschichte Berlins" vermutlich zugesandt worden ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. Böss

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Anlage 1 zum Brief an Herrn Prof. Köhler v.5.9. 1987.

Zur Gesamtbeurteilung der Arbeit von Gustav Böss

Prof. Köhler S.825:"In den wenigen Jahren der Stabilisierung ..... blieb nicht genug Zeit, um angesichts der vorhandenen Schwierigkeiten und der Begrenzung der Mittel Denkmäler (!) seines Wirkens zu schaffen, die die Zeiten zu überdauern im Stande waren".

Hierzu:

Rechtsanwalt Rosenberg (Jahrbuch Landesarchiv Berlin 1986, (im folg. LA 86) S.154: "..... Ich empfinde es als eine empörende Niedrigkeit, dass ein Mann, der sich in vieljähriger rastloser Arbeit um unsere Vaterstadt so grosse Verdienste erworben hat, und an dem bisher niemand einen Makel finden konnte, in dieser Weise beschimpft wird."

Bankier Wallach (LA 86 S. 158 und 173) "man findet keine <sup>(1.11.29)</sup>Wörter für dieses Vorgehen gegen einen aufrechten Mann, der - wie Sie - unermüdlich für die Interessen der Stadt Berlin gearbeitet und Grosses geleistet hat. .... Wer in vielen Jahren beobachten konnte, mit welcher Treue und welchem Fleiss Sie für die Stadt Berlin unermüdlich gearbeitet haben, den mussten die Angriffe ..." (14.11.29 u.18.10.30)

Stadtverordnetenvorsteher Hase (LA 86 S. 161): "Wir haben bei diesen Gedanken von Herzen gewünscht, dass Ihnen im Jahre 1930 eine gerechte Anerkennung Ihrer grossen Verdienste um die Stadt und ihre Bevölkerung zuteil wird. (3.1.1930).

Obm.Ackermann Stettin (LA86, S.165)".... Wer jahrelang mit Ihnen voll Hochachtung vor Ihrer aufopferungsfähigen Arbeit und Tatkraft in den öffentlichen Angelegenheiten zusammengearbeitet hat und das Mass von Mühe und Sorge hat abschätzen können, das Sie für die Stadt Berlin getragen haben, der steht verständnislos vor dem ungeheuren Undank ....."(21.5.1930).

Krankenhauschef Prof. Borchardt (LA86, S. 171): ... Die Bürgerschaft jedenfalls der bessere Teil von ihr, wird stets dankbar anerkennen, was Sie in schwerer Zeit für Berlin geleistet haben. .. (1.10.30).

Urteil des Preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 30.9.1930(in den Akten des Landesarchivs) S.68: ".... sich als Kämmerer sowohl wie als Oberbürgermeister in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren unbestreitbare Verdienste erworben hat. ....

Kaeber (Städtarchivar in den zwanziger Jahren, Jahrbuch 1952 des Vereins für die Geschichte Berlins, S. 102)".... der Stern des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt hatte niemals heller gestrahlt als in diesen Sommertagen des Jahres 1929. .... Und S. 105: Alles Grosse, was erreicht worden war, der Aufbau der Verwaltung des neuen Berlins, die vorbildlichen Wohnsiedlungen, die Vollendung des

U-Bahnnetzes, der Westhafen, das Kraftwerk Klingenberg und das Elektrizitätswerk Berlin West, die grosszügige Förderung des Gesundheitswesens und der sozialen Fürsorge, alles trat in den Schatten vor den Nöten des Augenblicks....."

Stadtsyndikus Lange (Tagebuch S. 54) 2. Mai 1924: "Die Leitung der riesigen Berliner Verwaltung ist bei Böß in den besten Händen, wobei ihm seine langjährige Tätigkeit als Berliner Kämmerer zugute kommt. Die Arbeit der einzelnen Magistratsmitglieder treibt er, wenn nötig, energisch vorwärts. ..."

Engeli: Gustav Böß - 1971, (S. 274) "..... Berlin verdankt aber diesem Oberbürgermeister, der die neugeschaffene Viernullionenstadt während ihres ersten Jahrzehnts regiert und mit Weitblick die Akzente für eine Entwicklung gesetzt hat, die ihr noch heute zum Vorteil gereicht, zuviel, als dass er so vollständig vergessen bleiben könnte.

Reichhardt in LA 86(S.149): "..... Alle Leistungen der Berliner Stadtverwaltung unter der Führung von Gustav Böß, die man vor dem Hintergrund der Zeitumstände schlechthin nur als ausserordentlich bezeichnen kann - Aufbau einer neuen zentralen Verwaltung für das grössere Berlin, die Schaffung der grossen Kommunalbetriebe, die enorme Erweiterung des Nahverkehrsnetzes, der Bau vorbildlicher Wohnsiedlungen, die grosszügige Förderung von Wirtschaft, Gesundheitswesen, Kultur und Sport-, traten in den Schatten ...

Ruth Wimmer (Ost-Berlin) Jb. für Wirtschaftsgeschichte 1969/I, S.109  
Zur gerechten Beurteilung von Böß und seiner Konzeption muss man selbstverständlich berücksichtigen, dass seine Vorstellungen von der Pflege der Arbeitskraft trotz ihrer Ausrichtung auf den Nutzen der Monopole nicht ohne positiven Einfluss auf die Lebensverhältnisse der Berliner Bevölkerung blieben. Das tritt besonders hervor, wenn man einen Blick auf die Politik der Oberbürgermeister vor und nach Böß wirft. Schliesslich wurde in diesem knappen Jahrzehnt der Amtstätigkeit von Böß für die Bevölkerung mehr geleistet als in der "guten alten Zeit" der Hohenzollern oder gar unter der Nazidiktatur, die auch in den Jahren vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges den echten kommunal<sup>en</sup> Leistungen der vielgeschmähten "Systemzeit" nichts Entsprechendes an die Seite stellen konnte."

Krasser kann wohl der Gegensatz dieser Äusserungen zum Aufsatz von Herrn Köhler nicht mehr sein.

Anlage 2 zum Brief an Herrn Prof. Köhler v.5.9. 1987.

Zur Förderung des Sports, der Sport- und Spielplätze sowie der öffentlichen Parks.

Prof. Köhler S.855: "So versuchte (!) sich Böß auf einigen Gebieten zu profilieren, wo sein Amt ihm Initiativmöglichkeiten erlaubte. Er engagierte sich mit grossem Nachdruck .....

Hierzu:

Diem, Reichsausschuss für Leibesübungen (LA 86, S.158): "....Wenn alle Ihre Gegner von heute vollkommen vergessen sein werden, wird eine frische gesunde glückliche Jugend auf den Stätten, die Ihre Tatkraft und nur Ihre Tatkraft geschaffen hat, Ihren Namen ehrfürchtig bewahren. Drei grosse Gedanken haben Ihre Tätigkeit ausgezeichnet: Berlin als Messestadt, Berlin als Kunststadt, Berlin als Sportstadt. Das sind doch immer drei Gedanken mehr, als Ihre Kritiker hervorbrachten. (vom 22.11.1929)

Vorstand des Reichsausschusses für Leibesübungen (LA 86 S.170)  
"..... der Erstunterzeichnete (Staatssekr.Lewald) nahm mit Freude die Gelegenheit wahr, hierbei den tiefen und aufrichtigen Dank Ausdruck zu geben, den der Deutsche Reichsausschuss als die Spitzenvertretung von Turnen und Sport Ihnen für all die Förderung schuldet die Sie mit klarem Blick, starkem Willen und freudigen Herzens für die deutsche Bewegung für Leibesübungen geleistet haben. Bei der kürzlichen Besichtigung der Berliner Spiel- und Sportanlagen durch die sachverständigen Mitglieder des Olympischen Kongresses kam die Bewunderung für die Parkanlagen in den Rehbergen, die doch Ihre eigenste Schöpfung und Ihr ausschliesslicher Verdienst sind, aber ebenso auch für viele andere mustergültige Anlagen Berlins zu stärkstem Ausdruck. .... "

Lewald/Diem in "Berlin als Sportstadt" in "Unser Berlin 1928 S.111.  
Hier hat der Berliner Oberbürgermeister Böß das grosse Verdienst, vom ersten Tage seiner Amtsführung an die Bedeutung der Leibesübungen für die Volksgesundheit erkannt und daraus die Pflicht einer städtischen Spielplatzpolitik abgeleitet zu haben. Man kann Böß zusammen mit dem Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, als den Vorkämpfer deutscher Kommunalarbeit auf dem Gebiete der Sport- und Spielplatzfürsorge bezeichnen. Er ist nicht müde geworden, mit seiner ganzen Tatkraft .....

Er trieb Pionierarbeit im besten Sinne  
Welches Glück, dass die von Böß geschaffen Sport- und Spielplätze und die zahlreichen Parks den 2.Weltkrieg überstanden haben, entgegen der Darstellung von Herrn Köhler auf S. 825 oben!

Anlage 3 zum Brief an Herrn Prof. Köhler vom 5.9. 1987

Zur Förderung der Kunst durch Gustav Böß.

Prof. Köhler S. 855 unten: " Wahrscheinlich (!) war Böß in seiner Neigung als Mäzen und Kunstliebhaber überfordert."

Hierzu:

Maler Paul Herrmann (LA 86, S. 172, vom 8.10.1930) ..... es drängt mich, Ihnen zu sagen, dass Ihre stets bewiesene Liebe und Ihr grosses Verständnis für Berliner Kunst und Künstler, das keiner Ihrer Vorgänger aufgebracht hatte, unvergessen bleiben wird. Die langen Jahre, die es mir vergönnt war, unter Ihrem Vorsitz tätig zu sein, haben stets aufs neue den Beweis erbracht, dass Sie der lebenden Kunst den Platz voll und ganz eingeräumt sehen wollten, der ihr in einem so grossen Gemeinwesen zukommt. ..."

Bildhauer Paul Encke (LA 86, S. 156 vom 6.11.1929): ".... glaube ich im Namen vieler gleichgesinnter Kollegen zu sprechen, dass es schmerzlich für die Kunst sein würde, wenn die Künstler durch derartige hässliche Treibereien einen solchen Beschützer und Mäzen, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, verlieren sollten."

Schriftsteller Landau (LA 86 S. 160 vom 30.12.1929) "... Aber es ist mir ein Gemütsbedürfnis, Ihnen zu sagen, wie viele, unbeirrt durch das Geschrei ringsumher, dankbar und voll Anerkennung Ihres Wirkens gedenken. Dieses Wirken, das - über alle Aktenarbeit hinaus - mehr als bei irgendeinem Ihrer Vorgänger, dem wirtschaftlichen und kulturellen Gedeihen Berlins galt. ..."

Schriftsteller Jellinek (LA 86 S. 163 v.13.4.1930) "...was mich Ihnen jedoch innerlich verband, war Ihr Menschtum, diese seltene Liebe zu Kopfwerkern und Künstlern, .... Was die Reichshauptstadt an Ihnen besessen und verliert, hat sie nie gewusst. ...."

Witwe des Schriftstellers Arno Holz (LA 86 S.157, vom 7.11.1929): ..... 2 Tage vor seinem (Arno Holz') Tode noch, sprach er in den herzlichsten und wärmsten Worten von Ihnen. Er hat stets mit dem regsten Interesse Ihr lebendiges Wirken für das Wohl der Ihrer Führung anvertrauten Stadt verfolgt und verehrte Sie als einen der wenigen Aufrechten und Mutigen. ....

Prof. Langhammer, Vors. des Vereins Berliner Künstler im Brief v. 4.4.1933 (Kop. im LA): ".... Die Ernennung zum Ehrenmitglied (des VBK) erfolgte in dankbarer Erinnerung daran, dass Sie stets in grosszügiger Weise ein Freund und Förderer der bildenen Künste im allgemeinen und des Künstlerkreises des Vereins Berliner Künstler im besonderen gewesen sind. .... "

So die zeitgenössischen Künstler!

Anlage 4 zum Brief an Herrn Prof. Köhler vom 5.9. 1987.

Zum Abschnitt: Der Sklarek-Skandal S. 868 ff.

Die Darstellung der Vorgänge umfasst 7 1/2 Seiten (Zum Vergleich: Die Affairen um Garski und den Steglitzer Kreisel werden in je 2 Zeilen erwähnt, obwohl die finanziellen Schäden für die Stadt ungleich grösser waren, S. 1122 und 1123).

Trotz dieser sehr ausführlichen Behandlung der Sklarek-Vorgänge bleiben unerwähnt:

- a) Die scharfe Verurteilung der journalistischen und parteipolitischen Verleumdungen von Böß durch die in der Anlage 1 aufgeführten Persönlichkeiten und anderer Personen z.B. auch Ernst Reuter (zitiert bei Reichhardt, Berlin Forum 7/79 S. 99)
- b) die Tatsache, dass Böß mit den Straftaten der Sklareks und der mitangeklagten Beamten nichts zu tun hatte (Staatsanwalt von Steinäcker im Sklarek-Prozess, Berliner Tageblatt vom 11. Mai 1932).

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Anlage 5 zum Brief an Herrn Prof. Köhler vom 5.9. 1987.

Zum Kapitel: Die goldenen zwanziger Jahre, S. 876 ff.

Prof. Köhler: In diesem Kapitel wird Bös nur im Zusammenhang mit dem angeblich erheblichen Repräsentationsaufwand zu Gunsten der Städtischen Oper genannt (Quelle ?, Lange erwähnt nur das Gehalt von Bruno Walter, S. 69) sowie als Überbringer einer New Yorker Zeitungsanzeige aus dem Jahre 1929, S. 895, Anm. 58.

Hierzu:

Dirigent Furtwängler (LA 86 S.159): ..... Ich bedauere es tief, dass ich nun künftighin nicht mehr mit Ihnen als Stadtoberhaupt in Berlin werde tätig sein können und dass die weitere Entwicklung Ihres eigensten Werkes - denn das ist doch der endlich abgeschlossene Vertrag zwischen der Stadt Berlin und den Philharmonikern - nun nicht mehr werden mitmachen und betreuen können, (v.26.11.29).

Lange (Tagebuch S.63 v.14.1.25): ..... Bös plant hier eine städtische Oper zu schaffen, für die er auch bei der Linken der Stadtverordnetenversammlung auf Unterstützung rechnet.

Lange (aaO, S. 69 v.8.6.1925): Den Vorsitz im Aufsichtsrat der Städt. Oper führt Bös mit mir selbst als Stellvertreter. .... Als Chefdirigent des Hauses ist auf Tietjens Vorschlag Bruno Walter gewählt worden. ...

Lange (aaO, S. 119 v.4.12.1928): Bös plant zusammen mit dem City-Ausschuss Berliner Festspielwochen für 1929, die neben drei grossen Zyklen von Werken Mozarts, Wagners und von Strauss ein Gastspiel der Wiener Staatsoper, eine italienische Stagione sowie Konzerte von Furtwängler, Bruno Walter, Kleiber und Klemperer bringen sollen, ungerechnet die Pläne der Berliner Schauspielbühnen.

Lange (aaO v.19.12.1928): Die Idee von Bös, eine städtische Gemäldegalerie zu schaffen und als Grundlage dafür die bekannte Sammlung Max Böhm zu erwerben, ....

Lange (aaO, S. 151 v.18.6.1930): Die von Bös ins Leben gerufenen Berliner Kunstwochen, wie sie in diesem Jahr heissen, sind beendet. Höhepunkte waren die "Neunte" und die "Missa solemnis" Furtwänglers mit dem Philharmonischen Orchester und Toscanini an der Spitze der New Yorker Philharmoniker.

Lange(aaO S. 54 v.2.5.1924): ..... Trotz völlig amüslicher Veranlagung (ist Bös) ein begeisterter Mäzen der ihm jetzt unterstellten Kunst, Musik und Theater. ....

So unbeteiligt, wie Köhler es hinstellt, ist Bös an den Goldenen zwanziger Jahren keineswegs gewesen.

Gustav Böß  
Oberbürgermeister von Berlin  
1921 - 1930

Eine Kurz-Dokumentation  
zur Geschichte Berlins in den  
Zwanziger Jahren.

Zusammengestellt von Dr. Heinz Böß  
8213 Aschau.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 8159/92	Inv. ZS 2332
Rep. /	Kat. Ras

Übersicht.

- 1873 Geboren in Giessen/Oberhessen.  
 1892/5 Studium der Kameralistik.  
 bis 1910 Arbeit im hess. und preuss. Finanz- und Eisenbahndienst  
 1910/12 Verkehrsstadtrat in Berlin-Schöneberg  
 1912/21 Stadtkämmerer in Berlin  
 1921/30 Oberbürgermeister in Berlin, Vorsitzender des Deutschen  
 und Preussischen Städtetages.

Hauptarbeits- und Förderungsgebiete:

Blatt:

Zusammenschluss von 94 Einzelgemeinden zur Einheitsgemeinde Berlin	3
Bau von Parks, Sport- und Spielplätzen	3
Messewesen und Fremdenverkehr	4
Nah-, Fern- und Durchgangsverkehr	4
Wasserstrassen und Häfen	4
Flugverkehr und Flughäfen	4
Baubedingungen und neue Bauordnung	4 - 5
Sozial- und Wohlfahrtswesen	5
Kunst und Sport	5
Berliner Festwochen - Deutsche Oper	5 u. 8
Philharmonisches Orchester	5
1924 Beurteilung durch Stadtsyndikus Lange	6
1929 Der "Sklarek-Skandal"	
1929 Ernst Reuter zu Verleumdungen beim Sklarek Skandal	7
1930 Urteil im Disziplinarverfahren (Geldbusse obwohl keine unehrenhafte Handlung)	8
1933 Fast 9 Monate Einzelhaft nach Denunziation durch Berliner Stadtverwaltung	8
1946 Tod in Bernried am Starnbergersee	
1952 Beurteilung durch Stadtarchivar Kaeber	9
1969 Anerkennung im Schrifttum der DDR	9
1971 Biografie durch Historiker Engeli	10 - 11
1979 Sportanlage in Berlin Wedding nach Gustav Böß genannt	
1982 Gedenkstein für Böß im Volkspark Rehberge	
1985 Freilichtbühne Jungfernheide nach Böß benannt	
1989 Würdigung durch Historiker Prof. Büsch und Dr. Haus	12
1991 Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte, eine Gustav-Böß-Strasse zu schaffen, was am 16.12.1991 durchgeführt wurde.	

Die wiedergegebenen Texte auf Blatt 3 - 5 und 7 - 12 sind  
Kopien aus den Originalbüchern.

Dr. Christian Engeli: "Gustav Böß, Oberbürgermeister von Berlin 1921 - 1930  
Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1971

Aus dem Vorwort: Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Herzfeld

die ebenfalls zu dem Ergebnis geführt hatte, daß gerade der Kommunalpolitik Berlins trotz aller Erbitterung des Machtkampfes der politischen Parteien nicht abgesprochen werden kann, die unstrittene, aber doch damals auf einen Höhepunkt gelangende Hauptstadtrolle Berlins erfolgreich ausgebaut zu haben.

Böß ist an dieser Leistung auf den ihm persönlich naheliegenden Arbeitsgebieten, der organisatorischen Durchführung des Groß-Berlin-Gesetzes von 1920 mit seiner Kombination von zentraler Magistratsverwaltung und der umstrittenen, aber entwicklungsfähigen Bezirksverwaltung entscheidend beteiligt gewesen. Er hat ferner in seinem zähen Kampf für die Begrenzung der preussischen Staatsaufsicht und gegen die unleugbare Benachteiligung Berlins bei der Regelung des interkommunalen Finanzausgleichs und in seiner rastlosen Arbeit für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins große Leistungen zu verzeichnen.

Mit der Darstellung der Aktivitäten des Oberbürgermeisters ist die Arbeit von Engeli nicht nur erfolgreich bemüht, Biographie und Revision des historischen Urteils über eine einzelne Persönlichkeit zu sein; darüber hinaus gelingt es dem Autor, in selbständiger Erforschung der Tatsachen und sachlicher Würdigung die Gesamtheit der politischen Existenz Berlins in dieser ebenso krisengeschüttelten wie inhaltsreichen Epoche seiner Geschichte zu erfassen und gerecht abwägend zu analysieren.

Staatssekretär Lewald und Generalsekretär Diem:  
"Berlin als Sportstadt" in "Unser Berlin - Jahrbuch von Berliner Art und Arbeit" - 1928.  
Verlag Hobbing, Berlin. S.111:

Hier hat der Berliner Oberbürgermeister Böß das große Verdienst, vom ersten Tage seiner Amtsführung an die Bedeutung der Leibesübungen für die Volksgesundheit erkannt und daraus die Pflicht einer städtischen Spielplatzpolitik abgeleitet zu haben. Man kann Böß zusammen mit dem Oberbürgermeister von Köln Dr. Udenauer als den Vorkämpfer deutscher Kommunalarbeit auf dem Gebiete der Sport- und Spielplatzfürsorge bezeichnen. Er ist nicht müde geworden, mit seiner ganzen Satkraft und mit dem Gewicht seines Ansehens und seiner Stellung immer wieder auf diese Forderung, daß jedem Bürger Spielplätze, Turnhallen und Schwimmbäder zur Verfügung stehen müssen, hingewiesen und trotz aller Widerstände und trotz mancher Anfeindung und Verhöhnung allmählich in der öffentlichen Meinung zur Anerkennung gebracht zu haben. Er trieb Pionierarbeit im besten Sinne. —

Am augenfälligsten ist die glückliche Veränderung des Stadtbildes durch die schöpferische Kraft des Oberbürgermeisters in den Neuhagen. Hier lagen sandige Dünenhügel mit keiner Spur von Pflanzenwuchs. Bis zum Kriege von der Berliner Gaisson als Exerzier- und Übungsgelände benutzt, der schwierige und unwegsame Gebiet für ihre Zwecke ja willkommen waren, wurde mit dem Wegfall des Volksheeres dieses Gelände frei. Böß überwand alle Schwierigkeiten, um das fiskalische Gelände in den Besitz der Stadt zu bringen, und nunmehr schuf er mit seinen Helfern das weite Gebiet, das an windigen Tagen die Quelle großer Staubsahnen für die ganze Gegend gewesen war, zu einem Park um.

Die Stadt Berlin

baute — wie Böß sich ausdrückte — im Geschwindigkeit. In kurzer Zeit verdreifachte sich die verfügbare Spielplatzfläche, die heute zum vier- und fünffachen schreitet. Hatte die Bevölkerung im Jahre 1921 nur 0,4 qm Spielplatzfläche auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber dem geforderten Mindestmaß von 3 qm, so ist heute mit insgesamt 1,6 qm auf den Kopf eine schöne Besserung erreicht.

ZB-2332-18

S.56/7 Die Förderung des Messe- und Ausstellungswesens war in erster Linie das persönliche Verdienst von Oberbürgermeister Böß. In einer Zeit, in der man noch an den Kriegsfolgen zu tragen hatte, legte er den Grundstein für eine Entwicklung, die Berlin rasch in den Rang eines attraktiven Messeplatzes erhob

1926 entstanden für Fach- und Mustermessen drei Hallen mit fast 30 000 Quadratmetern gedeckter Nutzfläche und bis 1928 acht Hallen mit 60 000 Quadratmetern, daneben noch 150 000 Quadratmeter Freifläche. Die Zahl von Messen und Ausstellungen stieg von den ersten drei im Jahre 1924 auf 14 im Jahr 1925 und in den folgenden Jahren auf durchschnittlich zehn; zu den bekanntesten gehörten die jährlich veranstalteten Rundfunk- sowie die Automobilausstellungen und seit 1926 die „Grüne Woche“.

wesentlicher noch als diese administrativen Maßnahmen und dadurch mögliche soziale Verbesserungen für die „BVGer“ selbst war der vom Magistrat unter Oberbürgermeister Böß eingeleitete und dann von Ernst Reuter seit seinem Amtsantritt forcierte Ausbau des Verkehrsnetzes, um der wirtschaftlichen Dynamik der Reichshauptstadt gerecht zu werden. Neben der Einrichtung zahlreicher neuer Buslinien, die vornehmlich die Verkehrsverhältnisse in den Außenbezirken verbesserten, und der Verlegung von hun-

S.63 drei Kilometern weiterer Straßenbahngleise richtete sich das Hauptaugenmerk des zuständigen Dezernenten auf die Erweiterung der Streckenlänge der U-Bahn, um den ständig wachsenden Autoverkehr zu entlasten.

S.64 Nicht weniger wichtig als die Lösung der Nahverkehrsprobleme war für das Wirtschaftszentrum Berlin die reibungslose Abwicklung des Fern- und Durchgangsverkehrs. Soweit dieser sich auf dem Schienenweg abspielte, war die Stadt - durch elf nach allen Himmelsrichtungen ausstrahlende Bahnlinsen ein Knotenpunkt, von dem man alle Metropolen Europas schnell erreichte - auf Verhandlungen mit der Reichsbahn angewiesen. Dagegen konnte Berlin sich beim Massengüterverkehr auf dem Wasserweg und am Luftverkehr direkt beteiligen. In beiden Bereichen hatte man die betriebliche Organisation der kommunalwirtschaftlichen Betätigung in die Hände von gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften - der „Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG (BEHALA)“ und der „Berliner Flughafen-GmbH“ - gelegt, an denen die Stadt mit 25 Prozent bzw. mit 52 Prozent des Aktienkapitals beteiligt war.

S.72 Die zur Vergabe der Hauszinssteuerhypotheken festgelegten Baubedingungen veranlaßten die bürgerliche Rechte, den Magistrat der Verschwendung anzuklagen, weil die neuen Wohnungen „zu opulent“ ausgestattet würden. Gas, Licht, Bad etc. auch für den „einfachen Mann“ - schon glaubten manche Kritiker, von einem Luxus der Berliner Neubauten sprechen zu müssen. Die Stadtverwaltung konnte dies jedoch nicht von der einmal eingeschlagenen Bahn abbringen. Oberbürgermeister Böß forderte: „Die Durchbildung der Kleinstwohnung ist eine Feinstarbeit ersten Ranges, die sich auf die gesamte Außen- und Inneneinrichtung der Wohnung erstrecken muß. Es darf nicht nur das Wohnbedürfnis befriedigt, sondern die Wohnkultur muß gehoben werden. Die unteren Schichten der Bevölkerung wollen aus den Niederungen herausgeführt

- S. 73 Die neue Berliner Bauordnung bot darüber hinaus die Chance, auch städtebaulich einen Gesundungsprozeß einzuleiten. Unter der tatkräftigen Förderung von Oberbürgermeister Böß und Stadtbaurat Martin Wagner wurde, so der Historiker Hans Herzfeld, „ein Bündnis der Stadtverwaltung mit den führenden Baumeistern der modernen Architektur begründet“.

#### Sozial- und Wohlfahrtswesen

Schon während des Ersten Weltkrieges haben das alte Berlin und die Vorortgemeinden zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit Notstandsarbeiten organisiert, in bestimmten Fällen Zuschußunterstützungen gezahlt und für Heimarbeiter besondere Betriebswerkstätten eingerichtet. Die Einheitsgemeinde hat dann in noch sehr viel stärkerem Maße aus dem Haushalt Notstandsarbeiten finanziert, mit denen vor allem Straßenbauten, Kanalisationsanlagen, Spiel- und Sportplätze, Parkanlagen und einige Hochbauten errichtet wurden. Neben der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung hat die Stadt mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen Unterstützungen zu gewähren versucht.

- S. 78 **Kunst und Sport**  
Ähnlich wie die Wohlfahrtspflege lagen Oberbürgermeister Böß auch Kunst und Sport am Herzen. So präsiidierte er von Beginn seiner Amtszeit an der städtischen Kunstdeputation, was um so bemerkenswerter erscheint, als er selbst wenig musische Neigungen besaß. Er wußte jedoch um die Bedeutung kultureller Leistungen für eine Weltstadt, und Berlins Anspruch auf diesen Rang zu sichern, diente nicht zuletzt seine ganze Arbeit. Angesichts der allgemeinen Verarmung in den ersten Nachkriegsjahren versäumte er nicht den Hinweis auf die sicher fatalen Auswirkungen, falls es nicht gelingen sollte, auch nur die bescheidensten kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen.

- S. 79 So rief Böß 1924 eine Reihe von Rathauskonzerten ins Leben, um vorwiegend junge Virtuosen und Komponisten zu fördern. Als zum Ende des gleichen Jahres das 1912 von Charlottenburg gebaute Opernhaus in der Bismarckstraße in Konkurs ging, plädierte er energisch für dessen Übernahme in die Obhut der Stadt in der Überzeugung, daß man die Pflege des Musiktheaters in Berlin nicht Preußen mit seiner Staatsoper Unter den Linden allein überlassen könne. Mit dem Gewicht seines Amtes sorgte er mit an erster Stelle für die Aufbringung der erforderlichen hohen Geldbeträge und übernahm, um dem Unternehmen den nötigen Rückhalt zu geben, selbst den Vorsitz im Aufsichtsrat der nun Städtischen Oper.

Und als 1929 den Berliner Philharmonikern wegen Nichtgewährung höherer Zuschüsse die Gefahr einer Abwanderung ihres Chefdirigenten Wilhelm Furtwängler nach Wien drohte, setzte Böß im Magistrat durch, daß die Stadt und das Reich der „Berliner Philharmonischen Orchester GmbH“ als Gesellschafter beitraten und sich verpflichteten — Berlin zu sechs und das Reich zu zwei Achteln — das Orchester zu unterstützen.

Ähnlich wie mit Messen und Ausstellungen in der Wirtschaft oder mit Turn- und Schwimmfesten im Sport bemühte sich der Oberbürgermeister auch im künstlerischen Bereich, im Jahresablauf besondere Höhepunkte zu schaffen. So erlebte er 1929 noch die ersten, auf seine Anregung hin veranstalteten Berliner Festspielwochen.

Bürgermeister F.C. Lange  
Gross-Berliner Tagebuch 1920 - 1933  
Berliner Verlagsbuchhandlung 1951

Eintrag vom  
2.5.1924

2.5. Die Leitung der riesigen Berliner Verwaltung ist bei Böß in den besten Händen, wobei ihm seine langjährige Tätigkeit als Berliner Kämmerer zügute kommt. Die Arbeit der einzelnen Magistratsmitglieder treibt er, wenn nötig, energisch vorwärts. Trotz völlig amüsischer Veranlagung ein begeisterter Mäzen der ihm jetzt unterstellten Kunstverwaltung und ein tatkräftiger Förderer von bildender Kunst, Musik und Theater. Seine umfangreichen Repräsentationspflichten scheinen ihm besondere Freude zu machen. Rasch von Entschluß, ein guter Redner und gewandter Debatter in Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung. Persönlich von größter Auspruchslosigkeit,

#### Der "Sklarek-Skandal".

Im Oktober 1929, während Böß dienstlich in den USA war, wurden in Berlin Betrügereien und Bestechungen der Textilfirma Sklarek aufgedeckt. Sie führten zu langjährigen Freiheitsstrafen für die Gebrüder Sklarek, für einen kommunistischen Stadtrat und für 2 Direktoren der Berliner Stadtbank.

Böß, der nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft mit den Straftaten nichts zu tun hatte, hatte Mitte 1928 bei der Fa. Sklarek für seine Frau eine Pelzjacke gekauft, für die er erst nach monatelangem Drängen eine Rechnung über RM 375.- erhielt, einen offensichtlich zu niedrigen Preis. Böß wollte sich jedoch mit den damals noch unbelasteten Sklareks nicht über den Preis auseinandersetzen. Frau Böß teilte deshalb der Firma mit, dass sie neben der Bezahlung der Rechnung bei einem notleidenden Künstler einen Ankauf von RM 1.000.- vorgenommen habe. Böß kaufte ein Bild, für das jedoch nur RM 800.- verlangt wurden, und gab den verbleibenden Restbetrag von RM 200.- an notleidende Verwandte.

Weit über diesen Vorgang hinaus führte der erbitterte Wahlkampf für die Berliner Stadtverordnetenversammlung am 17.11.1929 zu zahlreichen Verleumdungen auch von Böß seitens der extremen Parteien aber auch eines Teils der Boulevardpresse. Böß trat im Oktober 1930 zurück, nachdem das Preussische Obergerverwaltungsgericht in einem von Böß beantragten Disziplinarverfahren festgestellt hatte, dass ihm bei der Oberleitung der städtischen Geschäfte keine Vorwürfe zu machen waren, dass bei der Bezahlung der Pelzjacke zwar ein Dienstvergehen, aber keinerlei unehrenhafte Handlung vorgelegen habe.

Aus: Ernst Reuter: Reden, Schriften, 2. Band  
1922 - 1946, Berlin 1973 S. 282 u. 283.

[55] ARTIKEL IN: DAS FREIE WORT, 1. JG., 5. HEFT VOM 3. NOVEMBER  
1929

Eine solche Flut von Verleumdungen, wie sie in den letzten Wochen mit einer Hemmungslosigkeit ohnegleichen in den großen Boulevard-Blättern, allen voran im Ullsteinschen »Tempo«, losgelassen worden ist, steht einzig da. Wie Amokläufer sind gewisse Leute durch die Gassen gerannt und haben jeden, aber auch jeden, ohne die einfachste Rücksicht menschlichen Anstandes durch die Gosse geschleift. Um nur eins zu sagen: Die Art, wie man in einer gewissen Presse – ich sehe dabei von der »Roten Fahne« ganz ab – den in Amerika weilenden Berliner Oberbürgermeister behandelt hat, stand auf einem solchen Niveau, daß man menschlich nur mit tiefstem Bedau-

ern feststellen kann, was überhaupt alles möglich ist.<sup>101</sup> Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Sensationssucht und Sensationsfähigkeit einzelner Zeitungen oder die politische Instinktlosigkeit, die aus Form und Inhalt dieser Angriffe sprach.

Denn daß die maßlos übersteigerte Form der Angriffe und das zum Teil unsagbar niedrige Niveau, mit dem in lächerlichen Kleinigkeiten herumgewühlt wurde, bestimmt dazu beigetragen hat, mindestens für einige Zeit das Ansehen Berlins, und zwar keineswegs etwa nur das Ansehen der Berliner Stadtverwaltung, sondern Berlins überhaupt, zu schädigen und dem Berliner Arbeitsmarkt die Beschäftigungsmöglichkeiten einzuengen,

Und man wird auch wohl behaupten können, daß kaum in einem anderen Lande der Repräsentant der Reichshauptstadt während einer offiziellen Fahrt im Ausland derart angegriffen worden wäre, wie das hier bei uns geschehen ist.

Aus den Entscheidungsgründen des Urteils des Preuss. Oberverwaltungsgerichts v. 30.9.1930 in der Disziplinarsache gegen Oberbürgermeister Gustav Böß, in dem auf eine Geldbusse in Höhe eines Monatsgehaltes erkannt wurde.

25-2332-22

Auf der einen Seite waren die hohen Anforderungen zu berücksichtigen, die an den Oberbürgermeister der Reichshauptstadt gestellt werden müssen, denen entsprechend auch die Wirkung des Bekanntwerdens der Vorwürfe, die sich allerdings nur zu einem Teile als berechtigt erwiesen haben, dem Ansehen der Berliner Stadtverwaltung besonders abträglich war.

Auf der anderen Seite fiel jedoch in erster Linie und entscheidend in die Wagschale, daß der Angeschuldigte sich bei den hier festgestellten Dienstvergehen einer unehrenhaften Handlung nicht schuldig gemacht, ferner daß er im Staats- und Kommunaldienste sich jahrzehntelang einwandfrei geführt und sich als Kämmerer sowohl wie als Oberbürgermeister in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren unbestreitbare Verdienste erworben hat.

#### Reichhardt 5 (vgl. Blatt 4)

S. 104 Und in der Tat, im April 1933 wurde er festgenommen und neun Monate in Einzelhaft gehalten. Doch der gegen ihn mit allen Mitteln der Propaganda frisch entfachte Sturm erschlaffte zur Flaute. Das angeblich so beweiskräftige Material war dermaßen dürftig, daß man die Voruntersuchung mangels greifbarer Ergebnisse abbrechen mußte. Einem Gerichtshof vorgeliefert, angeklagt oder gar verurteilt wurden weder Gustav Böß noch andere Politiker der Weimarer Republik oder Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die die Nationalsozialisten vorher lauthals der Korruption und sonstiger Verbrechen beschuldigt hatten.

S. 105 Das Urteil über die „Ära Böß“ aber war den Menschen am Ende der sogenannten goldenen Zwanziger, in denen Berlin unter den Weltstädten hinsichtlich Bedeutung und Ausstrahlung ganz vorn mit rangierte, sicher getrübt durch die immer schmerzhafter werdenden Folgen der Weltwirtschaftskrise. Alle Leistungen, die sich hier nur knapp skizzieren ließen und die man vor dem Hintergrund der Zeitumstände schlechthin nur als außerordentlich bezeichnen kann — der Aufbau einer Verwaltung für das neue, größere Berlin, die vorbildlichen Wohnsiedlungen, die Erweiterung des Nahverkehrsnetzes, die Schaffung der großen Kommunalbetriebe, die großzügige Förderung des Gesundheitswesens und der sozialen Fürsorge, von Wirtschaft, Kultur und Sport —, traten in den Schatten der unmittelbaren Nöte und Sorgen des Augenblicks.

Stadtarchivar Kaeber: Die Oberbürgermeister Berlins  
seit der Steinschen Städteordnung, Jahrbuch 1952  
des Vereins f.d. Geschichte Berlins. Arani Verlag.

S. 52

Das hinderte jedoch nicht die Abhaltung der „Berliner Festwochen“, deren Plan Böß gemeinsam mit dem Cityausschuß gefaßt hatte. Die Mailänder Scala mit Toscanini kam im Mai 1929 nach Berlin und wurde im Rathaus empfangen. Im Juni gab es Empfänge für König Fuad von Ägypten und den Wiener Bürgermeister Seitz, der sich sehr anerkennend über die Leistungen der Berliner Verwaltung äußerte. Am 11. August sprach Böß bei der Verfassungsfeier in der Städtischen Oper. Im gleichen Monat kam der Weltreklamekongreß nach Berlin, in seinem Gefolge eine Abordnung aus New York, die Böß eine Flagge ihrer Stadt und ein Schreiben ihres Bürgermeisters Walker überreichte, der 1927 Böß' Gast in dessen Dienstwohnung in der Leibnizstraße gewesen war. Als Erwiderung dieses Besuches kündigte Böß jetzt seinen Besuch in den Vereinigten Staaten an.

Der Stern des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt hatte niemals heller gestrahlt als in diesen Sommertagen des Jahres 1929. Niemand, am wenigsten er selbst, ahnte, wie schnell das leuchtende Gestirn verdunkelt werden sollte.

S. 55

Das Urteil über die Leistungen der Ära Böß war den Menschen der Zeit um das Jahr 1930 gebrüht durch die Folgen der schweren Wirtschaftskrise, die Berlins Finanzen in ein Chaos zu stürzen schien. Alles Große, was erreicht worden war, der Aufbau der Verwaltung des neuen Berlin, die vorbildlichen Wohnsiedlungen, die Vollendung des U-Bahn-Netzes, der Westhafen, das Kraftwerk Klingenberg und das Elektrizitätswerk Berlin West, die großzügige Förderung des Gesundheitswesens und der sozialen Fürsorge, alles trat in den Schatten vor den Nöten des Augenblicks.

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969/I (Ost-Berlin)

Ruth Wimmer: "Charakteristika der Berliner Kommunalpolitik  
in den Jahren der Weimarer Republik."

S. 109: .....

"Zur gerechten Beurteilung von Böss und seiner Konzeption muss man selbstverständlich berücksichtigen, dass seine Vorstellungen von der Pflege der Arbeitskraft trotz ihrer Ausrichtung auf den Nutzen der Monopole nicht ohne positiven Einfluss auf die Lebensverhältnisse der Berliner Bevölkerung blieben. Das tritt besonders hervor, wenn man einen Blick auf die <sup>Politik der</sup> Oberbürgermeister vor und nach Böss wirft. Schliesslich wurde in diesem knappen Jahrzehnt der Amtszeit von Böss für die Bevölkerung mehr geleistet als in der "guten alten Zeit" der Hohenzollern oder gar unter der Nazidiktatur, die auch in den Jahren vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges den echten kommunalen Leistungen der vielgeschmähten Systemzeit nichts Entsprechendes an die Seite stellen konnte."

S. 216 Dazwischen lag immerhin eine Periode sichtbaren Aufschwungs des städtischen Gemeinwesens, die von vielen Beobachtern auch dem Oberbürgermeister als Verdienst angerechnet wurde. In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre betraf dies in erster Linie die Organisation der Verwaltung auf der Grundlage des Berlin-Gesetzes von 1920. Trotz der vielen Schwierigkeiten stand der Erfolg des Zusammenschlusses sehr schnell außer Frage. Bei der Lösung dieser Aufgabe kam Böß sein Organisationstalent — gewiß eine seiner stärksten Seiten — sehr zustatten. Der fünfzigste Geburtstag des Oberbürgermeisters am 11. April 1923, dem in der demokratischen Presse gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde, bot Anlaß, das Fazit aus seinen beiden ersten Amtsjahren zu ziehen. Die ungünstige Ausgangslage wurde übereinstimmend anerkannt. „In den kommunalen Kreisen weiß man diese außerordentlich schwierige Arbeit zu schätzen, und manchmal ist die Energie und klare Übersicht bewundert worden, mit der Böß sich stets den Verhältnissen gewachsen zeigte

### S. 217

Die zweite Hälfte seiner Amtszeit brachte Berlin im Zuge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs die von Böß angestrebte Entwicklung zur Weltstadt. Vor allem galt dies für die Berliner Kommunalwirtschaft<sup>42</sup>. Es entstanden die neuen Verkehrslinien, es erfolgte der Ausbau der Hafenanlagen und des Flughafens, das Messe- und Ausstellungswesen erfuhr einen einzigartigen Aufschwung, und die Energieversorgungsunternehmen entwickelten gewaltige Kapazitäten. Aber die Berliner Bevölkerung erlebte auch glänzende Festwochen, die Übernahme und Pflege einer Städtischen Oper, daneben große Sportveranstaltungen und prominente Gäste. Der Oberbürgermeister stand immer häufiger im Rampenlicht, nicht nur infolge seines Amtes, sondern auch als Initiator oder Mitbegründer der gefeierten Ereignisse. Mit Befriedigung konnte er feststellen, daß seine Anstrengungen für die Reichshauptstadt mehr und mehr honoriert wurden<sup>43</sup>.

Böß beherrschte seine Rolle. Für das Auftreten in der Öffentlichkeit entwickelte er eine selbstverständliche Würde. Mit seiner allen verständlichen Rede-weise fand er fast immer Anklang. Auf den zahllosen unvermeidlichen Empfängen und sonstigen Feierlichkeiten schien er sich ganz in seinem Element zu fühlen<sup>44</sup>. Böß selbst aber sprach von der Last des Repräsentierens. Sie war übermäßig groß. Mehr als in jeder anderen Stadtverwaltung häuften sich für das Berliner Rathaus derartige Verpflichtungen gegenüber Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst.

### S. 218

Daran änderte sich nichts, als er das leitende Amt antrat. Das Aktenstudium betrachtete er weiterhin als die Grundlage seiner Tätigkeit. Dazu hielt er sich so oft wie möglich im Rathaus auf. Das galt auch für die Abendstunden und Wochenenden. Häufig erschien er schon um sieben Uhr morgens in seinem Büro<sup>45</sup>. Diese Arbeitsdisziplin, die er mit vielen leitenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gemeinsam hatte, versetzte ihn in die Lage, über die Routinegeschäfte hinaus initiativ tätig zu werden — man denke an die Förderung zweier so ganz verschiedener Gebiete wie des Sports und des Messe- und Ausstellungswesens<sup>46</sup>.

Dem oberflächlichen Betrachter mochte es wohl scheinen, daß sich die Tätigkeit des Oberbürgermeisters in diesen in der Öffentlichkeit sich abspielenden Repräsentationspflichten erschöpfte<sup>46</sup>. Aber das traf nicht zu. Böß verstand es, sich dieser Aufgabe mit einem Minimum an Aufwand zu entledigen. Er blieb bis zuletzt ein besessener Arbeiter. Bereits als Kämmerer der Kriegszeit hatte er ein Pensum bewältigt, das seine ursprünglich kräftige Konstitution strapazierte.

Engeli (vgl. Blatt 3)

S. 218 Aber seine Vorstellung von einer gesunden und strahlenden Welstadt, für die er große und nur langfristig erreichbare Ziele gesetzt hatte, die der Allgemeinheit vielfach noch nicht verständlich waren, ging doch weit über das hinaus, was man damals von einem „Beamten“ erwartete. Mit dem für die Reichshauptstadt beanspruchten Sonderstatus bewies er einen scharfen Blick für die Erfordernisse, die sich bei einer weiteren friedlichen Entwicklung unausweichlich eingestellt hätten<sup>22</sup>.

S. 219 Böß hat die psychologische und materielle Belastung dessen, der niemanden seinesgleichen mehr hat und sich auf keine selbstverständliche Solidarität mehr stützen kann, im Deutschen Städtetag und in der Haltung Preußens gegenüber Berlin gespürt<sup>23</sup>. Zählt man schließlich die vielfachen Widerstände innerhalb Berlins hinzu, etwa aus Kreisen der unfreiwillig eingemeindeten früher selbständigen Gemeinden Groß-Berlins, die eine vorurteilslose Betrachtung der Arbeit des „Feldherrn“ der Stadt erschwerten, so scheint die Feststellung berechtigt, daß Böß' Leistung von seinen Zeitgenossen verkannt und bisher auch von der Nachwelt nicht objektiv gewürdigt worden ist.

S. 274 Nach der Überzeugung des Verfassers muß man jedoch bei unvoreingenommener Betrachtung zu einem eindeutigen moralischen Freispruch kommen — Böß' Verdienste um die Berliner Stadtverwaltung müssen endlich ohne jede Beeinträchtigung durch den Sklarek-Skandal gesehen werden.

Diese Würdigung steht bisher noch aus. Während die Namen zahlreicher städtischer Honoratioren vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte noch heute einen bekannten Klang haben, während vieler Politiker der Jahre nach 1945 im Stadtbild bereits ehrend gedacht wird, während schließlich dafür gesorgt ist, daß Persönlichkeiten der Weimarer Zeit im Bewußtsein der Bevölkerung lebendig bleiben, sucht man in ganz Berlin vergeblich nach einem Straßenschild, das den Namen von Gustav Böß trägt.

Berlin verdankt aber diesem Oberbürgermeister, der die neugeschaffene Viermillionenstadt während ihres ersten Jahrzehnts regiert und mit Weitblick die Akzente für eine Entwicklung gesetzt hat, die ihr noch heute zum Vorteil gereicht, zuviel, als daß er so vollständig vergessen bleiben dürfte.

Reichhardt (vgl. Blatt 4) S. 106

Die Stadt hat allen Anlaß, den Namen Gustav Böß, ihres elften Oberbürgermeisters seit Einführung der Steinschen Städtereform, dem in der Reihe seiner Amtsvorgänger Leopold von Gerlach (1809—1813), Johann Büsching (1813—1831), Friedrich von Baerensprung (1831—1834), Wilhelm Krausnick (1834—1862), Karl Theodor Seydel (1862—1873), Artur Hobrecht (1873—1878), Max von Forckenbeck (1878—1892), Robert Zelle (1892—1898), Martin Kirschner (1898—1912) und Adolf Wormuth (1912 bis 1920) unbestreitbar einer der vorderen Ränge gebührt, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

S. 43 Die ganze auf Berlin als Beispiel für die Untugenden der Weimarer Demokratie konzentrierte Polemik von links wie rechts konnte und kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die kommunal und regional ebenso wie national und international bestimmte Selbstverwaltungsdemokratie des Berliner Typs jener Zeit für das soziale und wirtschaftliche Leben aller davon betroffenen Gruppen und Schichten von Menschen innerhalb und außerhalb der Stadt erstaunliche und nachhaltige Leistungen vollbracht hat, deren Wirkungen bis in die Gegenwart des späten 20. Jahrhunderts hineinreichen.

S. 91 Die neuere Forschung hat die Persönlichkeit Gustav Böß' längst von den übertriebenen Anklagen und Vorwürfen aus der Zeit des tragischen Endes seiner politischen Karriere gereinigt und die große Bedeutung seiner kommunalpolitischen Tätigkeit bis 1929 als hervorragenden Vertreter eines demokratischen Regierungs- und Verwaltungssystems herausgestellt, das als beispielhaft für die städtische Demokratie in der Weimarer Republik, aber auch sprechend für die individuelle Besonderheit der reichshauptstädtischen Selbstverwaltungsdemokratie angesehen werden darf.

S. 101 Die Aufgaben des Oberbürgermeisters in dem Jahrzehnt zwischen 1920 und 1931 waren von allen Seiten eingestandenermaßen enorm, und es gehört zu der Feststellung der ganz außerordentlichen Verdienste eines Gustav Böß für den Aufbau des demokratischen Groß-Berlin im Weimarer Staat, daß er sich diesen Anforderungen gewachsen gezeigt hatte.

S. 165 Vor allem Oberbürgermeister Böß bestand darauf, in der Frage der offiziellen Fahne der Republik keine Gleichgültigkeit einreißen zu lassen. An Veranstaltungen auf Friedhöfen dachte er dabei kaum. Viel Aufsehen erregte es aber, daß er sogar selbst eingriff, als einmal ein Friedenauer Kriegsveteranenverein entgegen klarem Vorbescheid zu seiner Feier auf einem städtischen Schulgelände schwarzweißrote Fahnen anbrachte. Der Schuldirektor erhielt, weil vom Bezirksamt kein Verantwortlicher erreichbar war, direkt von Böß die Weisung, die dann zur Abnahme der Fahnen führte. Bis nach Amerika gingen schließlich die Berichte über Berliner Versionen des Flaggenstreits, als Böß erleben mußte, wie das Hotel „Kaiserhof“ seinem Namen politisch derart treu blieb, daß es bei einem Essen zu Ehren des Berlin besuchenden New Yorker Oberbürgermeisters neben dem US-Sternenbanner nur die schwarzweißrote Fahne und trotz Beschwerde nicht die verfassungsgemäßen Reichsfarben zu zeigen bereit war.

S. 166 Böß, seine Demokratische Partei, die Sozialdemokraten und das Zentrum in der Stadtverordnetenversammlung wußten sich zu wehren: Durch demokratische Überzeugung und durch Eid auf die Verfassung sei der Oberbürgermeister verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Reichsfahne in der Hauptstadt Geltung verschafft werde. „Wir stellen Ihrem Geist von Potsdam ... den Geist von Berlin ... entgegen“, bekamen die Deutschnationalen zu hören. Wegen der provokativen Mißachtung, wegen der Gehässigkeit und wegen des Spottes gegen die demokratischen Verfassungsfarben habe der Magistrat so handeln müssen, wie er es tat.

